

Die EU hat einen offenen Strommarkt geschaffen und auf erneuerbare Energien gesetzt. Der Anteil des Ökostroms soll bis 2030 auf 45 Prozent gesteigert werden.

Replik im Tages Anzeiger
vom 22. September 2014.
*Von Rudolf Rechsteiner**

Es braucht keine Subventionen

Der Nationalrat habe «keine Strategie», sondern setze «wie bei der Landwirtschaft» auf Subventionen. So hat unlängst ein Vertreter von Avenir Suisse an dieser Stelle die Energiestrategie des Parlaments verhöhnt. Und Axpo-Chef Andrew Walo weist im Geschäftsbericht jede Verantwortung dafür zurück, dass der Konzern einen Verlust von 730 Millionen Franken eingefahren hat. Schuld seien «Verzerrungen im Strommarkt».

Man kann es auch anders sehen:

Die EU hat einen offenen Strommarkt geschaffen und auf erneuerbare Energien gesetzt. Der Anteil des Ökostroms soll bis 2030 auf 45 Prozent gesteigert werden. Es herrscht Wettbewerb. Wind- und Solarstrom sind die Zugpferde. Sie haben variable Kosten von null und drängen je nach Wetter die teureren Kraftwerke aus dem Netz.

Wo es Preisgarantien gibt

Neue Kraftwerke werden aber nur gebaut, wenn auch die Rendite stimmt. Deshalb sind Preisgarantien für Kraftwerke mit geringem CO₂ eine Notwendigkeit. Sie werden nicht vom Staat, sondern durch einen Netzzuschlag finanziert. Das ist verursachergerecht. Eine billigere Alternative gibt es nicht, es sei denn, man setzt wie früher auf Kohle und auferlegt die Umweltkosten späteren Generationen.

«Subventionen» sind keine im Spiel. Preisgarantien gibt es in Sektoren, wo die Grenzkosten nahe bei null liegen und die

Versorgungssicherheit wichtig ist.

Die Pharmaindustrie würde sich lautstark wehren, wenn Avenir Suisse den Patentschutz für Medikamente als «Subvention» bezeichnete.

Die britische Regierung garantiert dem neuen AKW Hinkley Point C während 35 Jahren eine kostendeckende Vergütung von 21 Rappen pro

Kilowattstunde. Zum

Vergleich: Für Windstrom

werden in Deutschland und

Frankreich 8 Cents/kWh bezahlt, ohne Teuerungsausgleich, und dies bloss während 10 bis 20 Jahren. Danach gelten

Marktpreise.

Das deutsche System mit Wind- und Solarstrom als «verzerrt» hinzustellen, ist falsch. In Deutschland werden

Lenkungsabgaben auf Strom erhoben. Der Ertrag kommt der Altersversicherung zugute. Solaranlagen wurden schon gebaut, bevor sich die Fotovoltaik-Preise zweimal halbiert haben. Die

Schweiz als Späteinsteigerin profitiert nun vom nördlichen Nachbarn. Wir können billig auf sauberen Strom umstellen.

Auch bei uns wird Solarstrom nicht «subventioniert», sondern umgekehrt: Solardächer mit Einmalvergütung subventionieren die übrige Kundschaft. Denn nach neuem Recht wird nur noch der Marktpreis von 5 bis 8 Rappen/kWh vergütet, früher zahlte man für Strom am Mittag 12 Rappen/kWh.

Die Pharmaindustrie würde sich lautstark wehren, wenn Avenir Suisse den Patentschutz für Medikamente als «Subvention» bezeichnete.

Alte Liebe rostet nicht

Dank der erneuerbaren Energien haben sich die Strompreise insgesamt halbiert: von über 12 Rappen/kWh (2008) auf 4,4 Rappen im laufenden Jahr. Auch Kleinkunden zahlen weniger.

Bei Wind, Regen oder Sonnenschein füllen sich die Netze. Das ist Physik. Je mehr erneuerbare Angebote, desto tiefer die

Preise. Bis 2025 wird an der deutschen Strombörse während 1600 Stunden im Jahr mit

«Gratis Strom» gerechnet.

Axpo (AXP10 109.4 -

0.14%) und Avenir Suisse

haben die Entwicklung verschlafen. Die Schweiz solle bei den erneuerbaren Energien nicht mitmachen, fordern sie. Und wenn schon, solle man eine Quote einführen und im Ausland

Solardächer mit Einmalvergütung subventionieren die übrige Kundschaft.

investieren (wo andere bezahlen). Eine Quote ändert an den Preisfluktuationen aber nichts; und Einheitsvergütungen für Ökostrom schaffen neue Ungerechtigkeiten. Die Wasserkraft erhalte zu viel Geld, Solarstrom bliebe aussen vor. Die roten Zahlen der Atomkraftwerke werden in Zukunft noch röter.

Trotzdem geben die AKW-Betreiber nicht auf. Alte Liebe rostet nicht – die

Die roten Zahlen der Atomkraftwerke werden in Zukunft noch röter.

Atomreaktoren allerdings schon. Nachrüstungen sei billiger als Abschalten, heisst es. Wirklich? 500 Millionen Franken flossen nach Leibstadt, 400 Millionen nach Gösgen und 750 Millionen Franken nach Beznau. Die Verlängerung der AKW-Laufzeit, schreibt die Electricité de France, werde teurer als die Baukosten. Wie lange wird man dem schlechten Geld noch gutes Geld nachwerfen? Und wer bezahlt die ungedeckten Entsorgungskosten von über 10 Milliarden? Die AKW können das gar nicht erwirtschaften. Am Schluss zahlt wohl, wie in Japan, der Steuerzahler.

**Rudolf Rechsteiner war SP-Nationalrat, ist Energieexperte und führt ein Beratungsbüro. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)*